Nr. 94. Mittwoch, den 22. April 1908. 22. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 3,50.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr Nachmittags), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachm.), sowie in allen Annoncen-Bureaux. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

Filialen: **St. Pauli** einschl. Schanzenstr. bei Heinr. Koenen, Sophienstr. 44. **Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Bachstr. 12. **Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck** und **Billwärder** bei Carl Ortel, Baustr. 26. **Hammerbrook** bis Billw. Steindamm bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33. **Rotenburgsort** und **Veddel** bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. **Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde** und **Ost-Barmbeck** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 118. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

Hierzu zwei Beilagen.

In der Sackgasse.

Die Wirren in Macedonien und die dort so vielfach sich kreuzenden Interessen der einzelnen Nationen werden dem „europäischen Konzert“ eine harte Nuß zu knacken geben. Unsere „nationale“ und „patriotische“ Presse nimmt die Gelegenheit wahr, die Politik des Fürsten Bülow im allgemeinen und seine auswärtige im besonderen zu verherrlichen. Einige Aeußerungen, die der Reichskanzler gelegentlich seiner italienischen Reise zu journalistischen Sensationsjägern getan hat, werden so ausgelegt, als sei es gewiß, daß Deutschland in dem „Konzert“ die entscheidende Rolle spielen und bei der Ergreifung von Maßregeln zur Beruhigung der Balkanvölker den Ausschlag geben werde. Das klingt recht großartig und tut dem deutschen Bierphilister ganz besonders wohl. Da sieht man es wieder, so ist ungefähr sein Gedankengang, wie weise wir gehandelt haben, daß wir uns von den Sozialdemokraten nicht abhalten ließen, Heer und Flotte im schnellsten Tempo zu vermehren. Damit befestigen wir unser Ansehen unter den Mächten und wir sind es, die den europäischen Frieden garantieren.

Schreckliche Täuschung, der eines bösen Tags eine noch schrecklichere Enttäuschung folgen kann. Der deutsche Philister, namentlich der liberale, hat immer noch nicht gelernt, über die Vorgänge in der äußeren Politik selbständig zu denken und zu urteilen. Die Gebäude, in denen die grünen Tische stehen, wo die Herren Diplomaten ihr Spiel treiben, werden von dem liberalen Philister wie unnahbare Göttertempel mit heiliger Scheu betrachtet und darum wird auch, was man dort verhandelt und beschließt, als „Fügung der Vorsehung“ entgegen genommen. Das ist nun einmal so gute deutsche Art und das neue politische Leben, das uns vor sechzig Jahren die deutsche Revolution gebracht, hat bis jetzt nur wenig daran ändern können. Es ist bezeichnend, daß auch die besten Köpfe des liberalen Philistertums sich aus diesem engen Horizont nicht hinausfinden konnten. Selbst Eugen Richter, der seinerzeit das Bismarcksche Gewaltregiment so scharf bekämpfte, tat dies nur in bezug auf Bismarcks innere Politik; die äußere Politik Bismarcks fand er untadelhaft, großartig, genial! Er begriff nicht einmal, daß Bismarcks innere und äußere Politik ein untrennbares Ganzes bildeten. Und noch weniger begriff er, daß Bismarcks äußere Politik die Basis geschaffen hat, auf der die heutigen unleidlichen Zustände sich gebildet haben. Aber es wurde die Auffassung Eugen Richters von dem liberalen Bürgertum als tiefgründige Weisheit gepriesen.

Ganz unwillkürlich schweift der Blick von dieser trostlosen bürgerlich-liberalen Flachköpfigkeit hinüber zu der Inaugural-Adresse, mit welcher Karl Marx die Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation einleitete. Damals schrieb man 1864 und Bismarck hatte seine historische Rolle erst begonnen. Aber der vorschauende Geist von Karl Marx lenkte in der Inaugural-Adresse die Aufmerksamkeit der Völker auf die Werkstätten der Diplomatie und auf die Komplotte, die dort geschmiedet werden. Er forderte die Völker auf, diese Komplotte zu überwachen und womöglich zu verhindern. Die Arbeiterklasse hat die Bedeutung dieser Warnung verstanden; das liberale Philistertum steht den Streichen der Diplomatie nach wie vor mit „beschränktem Untertanenverstande“ gegenüber.

Darum ist es auch nicht schwer, ihm die Illusion beizubringen, als spiele das Deutsche Reich im „europäischen Konzert“ die erste Geige. Und doch ist das Deutsche Reich davon noch nie so weit entfernt gewesen wie heute.

Moltke beklagte sich einmal, die Stellung des Deutschen Reiches werde durch das allgemeine Mißtrauen erschwert, das in der Welt gegen dieses herrsche. Gewiß, aber wo Rauch ist, da ist auch Feuer, und das Mißtrauen wurde seinerzeit von der Bismarckschen Politik im reichlichsten Maße gesät. Man kann es auch keiner auswärtigen Regierung verdenken, wenn sie Mißtrauen empfand gegenüber diesem Junker, der überall brüskierte, wo er argwöhnte, daß man sich von ihm nicht imponieren lassen wollte.

Da gab es auch eine Menge kleinerer Geister, die das Beispiel des Meisters nachzuahmen suchten. Man muß zugestehen, daß neuerdings einige dieser „Macher der Weltgeschichte“ entfernt worden sind, weil ihr Treiben denn doch den Regierenden zu bedenklich erschien. Aber das ist auch alles.

Schon auf der Algeciras-Konferenz zeigte sich zur Evidenz, daß die äußere Politik des Deutschen Reiches in eine Sackgasse geraten war. Schon dort trat Italien feindselig gegen das Deutsche Reich auf. Seine Abmachungen mit Frankreich und England machten sich fühlbar. Die deutsche Diplomatie sieht sich gezwungen, Italien sich freundschaftlich zu nähern. Aber Italien hat Pläne auf Albanien und damit tritt es den Interessen Oesterreichs zu nahe. Oesterreich und Italien stehen sich als Konkurrenten gegenüber. Und diese beiden Mächte, deren Interessen zur Zeit so weit auseinandergehen und für absehbare Zeit auseinandergehen werden, sollen die Bundesgenossen Deutschlands sein!

Selbstverständlich hat auch die Zoll- und Handelspolitik des Deutschen Reiches zu dem allgemeinen Mißtrauen ihr Teil beigetragen. Wer sind diese Agrarier, fragt man sich draußen, mit denen niemand vernünftig unterhandeln kann und die ihr Ziel in der völligen Absperrung des Deutschen Reiches gegen jedermann erblicken, der landwirtschaftliche Produkte erzeugt? Wer sind diese Leute, die es auf den allgemeinen Zollkrieg mit Deutschland ankommen lassen wollen? Diese Leute, die mitten in dem sich demokratisierenden Europa eine feudale Zwingburg errichten, deren östliche Seite sich an das Zarentum anlehnt?

Das ist eben das preußische Junkertum, das noch niemals in der Welt Freunde gehabt hat und auch niemals solche haben wird; nicht einmal bei den feudalen Elementen Rußlands; denn Schnapphähne sind stets mißtrauisch gegen einander, das liegt in der Natur der Sache.

Und so wird auch in der Orientfrage das Deutsche Reich sich einer geschlossenen Koalition gegenüber sehen. Die beiden „Freunde“, die dort etwas zu erhaschen trachten, werden sich an die anderen wenden, die ihnen mehr Garantien versprechen. Die Verschiebungen, die es dort gibt, werden nur zu Ungunsten Deutschlands geschehen.

So mußte es kommen. Vor dreißig Jahren konnte das Deutsche Reich auf der Balkanhalbinsel zwischen Rußland und der Türkei den Vermittler spielen. Und heute?

Triumphe oder auch nur Erfolge der deutschen Diplomatie sind für absehbare Zeit gar nicht mehr denkbar.

Politische Uebersicht.

Zentrum und Wahlrecht.

Der Vertretertag der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Düsseldorf nahm eine Entschließung an, die die Einführung des für den Reichstag geltenden allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen für unbedingt notwendig erachtet. Es sei dringend erforderlich, daß das Zentrum mit aller Entschiedenheit zu dieser Frage Stellung nehme und die Wünsche der Wähler klar und deutlich zum Ausdruck bringe.

Die katholischen Arbeiter müßten blind sein, wenn sie nicht einsehen könnten, daß das Zentrum in der preußischen Wahlrechtsfrage eine sehr zweideutige Rolle spielt, ganz entsprechend dem zwieschlächtigen Charakter der Partei, die Besitz- und Arbeiterinteressen gleichzeitig vertreten möchte. Dabei kommen die letzteren in der Regel zu kurz auch in allgemeinen Rechtsfragen, wie die Wahlrechtsfrage. In Rücksicht auf die ihm noch folgenden katholischen Arbeiterschichten muß das Zentrum sich grundsätzlich für die Erweiterung des Wahlrechtes erklären; aber die reaktionären kapitalistischen und agrarischen Elemente in seiner Mitte sind solcher Erweiterung feindlich gesinnt und sie verhindern eine Aktion des Zentrums zu deren Gunsten. Es kommt nicht über platonische Liebeserklärungen hinaus, die nur dazu bestimmt sind, die Arbeiterwähler immer wieder zu beschwichtigen. Um die entschiedene Stellungnahme, die die Düsseldorfer Resolution fordert, werden die politischen Macher im Zentrum sich auch jetzt wieder herumdrücken, wenigstens werden sie nichts Ernstes zur Verwirklichung der Forderung tun. Die demokratischen Forderungen des Zentrums sind eben auch nur Aushängeschild zur Beörung der Massen. Aber ewig wird die Geduld der katholischen Arbeiter gegenüber dieser Täuschungspolitik nicht vorhalten.

Unter demokratischer Flagge.

Gelegentlich der Erörterungen über die Blockpolitik ist darauf hingewiesen worden, daß, nachdem der Freisinn sich mit Haut und Haar der Regierung verschrieben habe, zwischen dem Blockliberalismus und der Sozialdemokratie ein Platz frei geworden sei für eine bürgerlich-demokratische Oppositionspartei, deren Organisierung etwa Barth und Gerlach übernehmen müßten. Die klerikale „Köln. Volksztg.“ greift den Gedanken von der demokratischen Opposition auf, will aber seine Durchführung nicht den Genannten, sondern — dem Zentrum zuweisen. Es heißt darüber:

„Nur das Zentrum kann dieses „freie Plätzchen“ besetzen, denn unter allen Umständen müssen wir nach der Desertion der freisinnigen Schwächlinge eine bürgerliche Partei haben, die die Sache der Freiheit verficht. Wir können das nie und nimmer den Sozialdemokraten allein überlassen, weil dies den Sozialdemokraten zu einer ganz unerhörten Popularität verhelfen würde, so daß wir riskieren müßten, sie bei der nächsten Reichstagswahl auf eine Zahl von vier oder gar fünf Millionen Stimmen anschwellen zu sehen. . . . Das „freie Plätzchen“ zwischen den Sozialdemokraten und den liberalen „Industriekonservativen“ existiert wirklich, denn seit dem Abmarsch des Freisinns in das Lager der Reaktion fehlt uns wie das liebe Brot eine wirklich freiheitliche Volkspartei. Also rücke das Zweimillionenheer des Zentrums mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel in die verlassene Position ein! Der Block wird sehen, daß er uns aus derselben nicht herauswerfen kann, wenn wir die gute Sache der Freiheit des ganzen deutschen Volkes, unserer politischen Gegner mit eingeschlossen, verteidigen. Wenn alle anderen dem Baal der Reaktion opfern, wollen wir die Prinzipien einer wahrhaften und gerechten Demokratie mit dem Motto: „Alles für das Volk! Alle durch das Volk!“ wieder verkünden und uns den Leuten, welche gewerbsmäßig das Volksrecht brechen, mit Siegeszuversicht entgegenstellen. Wir werden ihn überreiten, den knechtischen Troß der Byzantiner, denn soviel Freiheitssinn und Männlichkeit ist doch noch im deutschen Volke zu finden, daß ein Appell an diese guten Eigenschaften bei ihm nicht ungehört verhallt.“

Sehr schön gesagt, und der Plan ist wirklich nicht übel. Nur wird ihn das Zentrum, trotz aller Geschmeidigkeit und Anpassungsfähigkeit, niemals durchführen können. Denn dem steht zweierlei im Wege. Zunächst kann eine Partei, die auf allgemein geistigem Gebiet in wichtigen Kulturfragen durch und durch reaktionär ist, niemals auf politischem Gebiet demokratisch-freiheitlich wirken. Wohl kann sie in Einzelfragen des Tages einmal demokratische Alliiren annehmen, könnte z. B. (theoretisch genommen) für ein freies Wahlrecht oder für ein freies Vereinsrecht und dergleichen eintreten, weil und so lange das ihren eigenen Parteibedürfnissen entspricht. Aber den Staat auf eine freiheitliche, demokratische Grundlage stellen, das will und kann eine solche Partei nicht, weil sie schließlich ihre eigene Existenz, die nur im Schatten der Autorität Dauer haben kann, vernichten würde. Zweiter Grund für die Unmöglichkeit, daß das Zentrum nach seiner Zusammensetzung schon für freiheitliche Politik unbrauchbar ist. Gewiß enthält es in den Wählermassen einen starken demokratischen Einschlag, die katholischen Arbeiter. Diese werden aber wieder paralysiert durch die antidemokratischen Elemente, von den feudalen Magnaten bis zum Handwerksmeister und Krämer; und in den Gewählten, den Führern, hat ohnehin auch der rein politische Demokratismus keinen aufrichtigen Verfechter.

Mit dem Eintreten des Zentrums in die Lücke als freiheitlich-demokratische Oppositionspartei ist es also nichts. Die Sozialdemokratie wird allein den Kampf für Freiheit und Volksrecht zu führen haben, und das wird ihr allerdings den Zustrom der durch die Blockpolitik Enttäuschten bringen.

Liberale Arbeiter und freisinnige Parteiführer.

Die blockseligen Freisinnsparlamentarier haben ja der berechtigten scharfen Kritik ihres Verhaltens bei Beratung des Vereinsgesetzes, besonders der Zustimmung zum Sprachenzwang und zum Verbot der Teilnahme an politischen Vereinen für Jugendliche, die Entschuldigung entgegengesetzt, daß das Reichsvereinsgesetz im übrigen erhebliche Verbesserungen bringe. Das ist, wie wir schon darlegten, nur in sehr bedingtem Maße der Fall, und für jeden, der die durch die neuen Bestimmungen, besonders für die Arbeiterorganisationen geschaffene Situation klar erkennt, ist es zweifellos, daß die geringen, sehr relativen Verbesserungen die absoluten Verschlechterungen nicht aufwiegen können. Das hat auch die Zentralstelle der fortschrittlichen Arbeiterschaft in Düsseldorf den freisinnigen Blockpolitikern mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben. Sie faßte einstimmig folgenden Beschluß:

„Die Zentralstelle erkennt an, daß die linksliberalen Abgeordneten, welche für das Vereinsgesetz stimmten, sich von der Ansicht leiten ließen, hiermit der Sache des Liberalismus zu dienen. Die Zentralstelle ist aber nach wie vor der Ansicht, daß die Verschlechterungen, welche das Vereinsgesetz mit sich bringt — Ausnahmegesetz gegen die Polen, Einschränkung des Koalitionsrechtes —, erheblich die Verbesserungen überwiegen, weshalb die Zustimmung ein großer politischer Fehler war, der das Vertrauen der fortschrittlichen Arbeiterkreise zum Liberalismus weiter erschüttern wird. Die Zentralstelle spricht den Abgeordneten Dr. Potthoff, Dr. Neumann-Hofer, Dr. Dohrn und Haußmann für ihre mannhafte Wahrung demokratischer Grundsätze ihre Sympathie aus und mißbilligt aus den gleichen Gründen die gegen Barth, Breitscheid und v. Gerlach gerichteten Angriffe.“

Natürlich werden die politischen Gernegroße des Freisinns es als unerhörte Anmaßung betrachten, wenn Arbeiter sich zu ihren Kritikern und Richtern aufwerfen. Wofür sind sie denn die „Führer“, wenn die Arbeiter ihnen nicht folgen wollen? Aber mit dem blinden Herdenglauben ist es heute selbst bei den liberalen Arbeitern vorbei. Gerade das Verhalten der „Führer“ beim Vereinsgesetz hat dem Glauben einen argen Stoß versetzt.

Ein Abgesägter.

Der freikonservative Abgeordnete Freiherr von Zedlitz-Neukirch, der bekannte Kompromißmacher und Leiter der Parlamentsintriguen, ist in seinem bisherigen Landtagswahlkreise Mühlhausen-Langensalza, den er seit 32 Jahren vertrat, abgesägt worden. Die Vertrauensmänner der Konservativen und des Bundes der Landwirte haben ihn bei der Kandidatenaufstellung durchfallen lassen und einen Bündler aufgestellt.

Nun streiten sich Zentrum und Agrarier darum, ob das dem Zentrum zuliebe geschehen oder nicht. Die „Germania“ behauptet das erstere. Man habe v. Zedlitz fallen lassen, um sich die Unterstützung des Zentrums, das natürlich nicht für den Kulturkämpfer stimmt, zu sichern. Das Berliner Bündlerorgan behauptet dagegen, die Ursachen lägen lediglich in der Persönlichkeit des Abgesägten, der nicht genügend agrarisch sei.

Der „Vater der Intrigue“ wird aber darum nicht mandatlos bleiben. Er hat sich in Waldenburg-Reichenbach bereits einen sicheren schlesischen Wahlkreis gesucht.

Landtagswahlbeklemmungen.

Zur Wahlsituation in Breslau schreibt der „Vorwärts“:

Die Landtagswahlen in Breslau werden ebenso wie 1903 wieder eine interessante Situation bringen. Ob diesmal die Freisinnigen gewillt sein werden, ihre 1903 verlorenen Mandate wieder zu gewinnen, das heißt also, der Sozialdemokratie ein Mandat abzugeben, um ihre Unterstützung zu erlangen, steht noch dahin. Eine diesbezügliche Anfrage des Sozialdemokratischen Vereins für Breslau wird erst in einigen Tagen beantwortet werden.

Aber inzwischen sind die Freisinnigen nicht untätig. Zunächst setzten sie sich aufs hohe Roß. Prahlerisch erklärten sie bereits vor Wochen, daß sie gewillt seien, nur volksparteiliche Kandidaten aufzustellen. Das war eine direkte Abschüttlung des „Outsiders“ Gothein, der den Oehlke und anderen Kopschianern schon lange ein Dorn im Auge ist. Zugleich sollte es so etwas wie „Unentwegtheit“ markieren. Davon aber kam man bald wieder ab. In einer nationalliberalen Versammlung teilte plötzlich Professor Kauffmann mit, seine Partei stände mit den Konservativen und — Freisinnigen (!!) in Verhandlungen, die ein günstiges Resultat erhoffen ließen. (Das schien eine Ausschaltung des Zentrums sein zu sollen, das zur Zeit mit den Konservativen und Freikonservativen gemeinsam im Besitze der drei Mandate ist.)

Jetzt aber ist plötzlich die Konstellation eine ganz andere — für die Freisinnigen ebenso heikle — geworden: Die Freisinnigen Kopsch-Wiemerscher Richtung gaben bekannt, daß sie zwei echte Volksmänner ihrer Richtung aufzustellen gedächten: einen Universitätslehrer Gürich und einen Lehrer Kapuste. Beide natürlich politisch unbeschriebene Blätter, damit sich an ihrer Politik niemand stoße. Aber beides sehr abhängige, sehr abhängige Beamte.

Kaum war das bekannt, da platzten die Nationalliberalen, mit denen man ja in Verhandlungen stand, mit ihrem Vorschlage heraus: Sie akzeptierten die beiden „Volksparteiler“, wohl weil sie ihnen völlig ungefährlich erschienen, und präsentierten als ihren (dritten) Kandidaten einen Bahnhofsvorsteher Wünsche, Schlesisch-Rom (Neisse). Also auch einen Beamten und einen noch abhängigeren als die beiden anderen!

Jetzt ist Holland in Not! Soviel Verstand ist selbst den Freisinnigen geblieben, daß sie einsehen, daß sie den Wählern einer Großstadt nicht mit drei unfreien Beamten kommen dürfen. Was aber tun? Ihr Organ, die „Breslauer Zeitung“, teilt Sonntag pikiert mit, daß die Freisinnigen diese nationalliberale Kandidatur nicht akzeptieren könnten, daß sie lieber das Kompromiß scheitern lassen würden.

Die Situation ist mithin sehr trostlos für sie. Wenn sie sich anstrengen, werden sie ja schließlich noch einen dritten Durchfallskandidaten auftreiben. Aber wer soll die drei wählen? Die Konservativen haben erst kürzlich, ebenso wie ihre Verbündeten, die Klerikalen, erklären lassen, daß sie nach wie vor an ihren bisherigen drei Kompromißkandidaten: Wagner (FK.), Strosser (K.), Zischlé (klerikal), festzuhalten gedächten. Alle aber vergessen die Hauptsache: daß zwischen ihnen als ausschlaggebend die Sozialdemokratie steht, in deren Hand diesmal mehr noch als 1903 die Entscheidung über alle drei Mandate liegt. Denn wenn wir damals schon mit 222 Wahlmännern zwischen 700 und 500 gegnerischen das Zünglein an der Wage bildeten, um wie viel mehr wird das diesmal der Fall sein, wo wir die Zahl unserer politisch Organisierten verdünffacht und die Zahl unserer „Volkswacht“-Leser verdreifacht haben, und wo uns die neue Steuereinschätzung in den Arbeitervierteln manch todsicheren neuen Erfolg in den Schoß wirft?

Kühl berechnend und seelenruhig abwartend, stehen unsere Breslauer Genossen dieser interessanten Situation gegenüber. Das Bestreben der „Bresl. Ztg.“, den eventuellen Sieg der Reaktion (man rechnet also schon wieder damit, daß man der Sozialdemokratie ihre berechtigte Forderung abschlagen wird!!!) der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben, bereitet ihr diesmal noch mehr Vergnügen als 1903.

Arbeitgeberpolitik.

In einem längeren Artikel empfiehlt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ihrem Publikum, den Scharfmachern großen, kleinen und kleinlichsten Stils eine neue Wahlpraxis — die Agitation und das Stimmen für Arbeitgeber, ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit. Im preußischen Landtag z. B. seien zu wenig Industrielle und Handwerker vorhanden. Die Wahlparole des Bundes der gewerblichen Arbeitgeber könne also nicht lauten: „Gegen den liberalen Doktrinarismus“, sondern sie müsse lauten: „Wählt gewerbliche Arbeitgeber zu Mitgliedern des Reichstages und der Landtage.“

Das wird dann noch weiter auseinandergesetzt: „Unter den augenblicklichen Verhältnissen, wo der gewerbliche Arbeitgeber im Reichstage und in den Landtagen fast ausgestorben ist, müssen die Arbeitgeber alles daransetzen, um die Zahl der gewerbetreibenden Parlamentarier zu vergrößern. Deshalb dürfen sie sich auch nicht darum kümmern, welcher Partei der betreffende Arbeitgeber-Wahlkandidat sich anschließen will, sondern sie müssen unter allen Umständen für ihn eintreten, nur weil er einer der Ihren ist. Das ist kategorisch, aber praktisch, und verbürgt den Erfolg. Selbstverständlich müssen bei dieser Regel auch Ausnahmen gemacht werden. Man darf nicht unbesehen jeden Arbeitgeber wählen und jeden Nichtarbeitgeber bekämpfen; aber im Prinzip muß man an der obigen Parole festhalten. Auf Zusagen der politischen Parteien, daß sie die Interessen der Arbeitgeber wahren werden, dürfen diese nichts geben. Die Erfahrung hat hundertfältig gezeigt, daß solche Zusagen leere Worte bleiben. Vertrauen können die Arbeitgeber nur auf sich selbst, und deshalb müssen sie selber sich in die Parlamente begeben, so unbequem ihnen das auch ist. Wie die Arbeitgeber genötigt worden sind, sich persönlich in Arbeitgeberverbänden zu betätigen, so müssen sie sich auch persönlich in den Parlamenten betätigen. Durch gute Freunde läßt sich ihre arg gefährdete Sache nicht mehr retten; heute heißt es, sich selber auf die Schanzen stellen.“

Man sollte meinen, daß die Scharfmacher mit dem Zustand der Dinge sehr zufrieden sein müßten. In der Praxis finden alle ihre Versuche zur Knebelung und Unterdrückung der Arbeiter die kräftigste Unterstützung; Regierungen, Verwaltungsbehörden, Polizei und Justiz sind um die Wette beflissen, den Arbeitern ihre Bestrebungen nach Besserstellung möglichst zu erschweren. Dabei wird in der Theorie der Sache immer noch ein Mäntelchen umgehängt und mit dem gleichen Recht aller Staatsbürger geprunkt. Eine solche Politik müßte, denkt man, die brutalsten Scharfmacher befriedigen; was sie irgend verlangen, wird vom dienstwilligen Staat ausgeführt, und dabei bietet diese Methode noch den Vorteil, daß das Odium auf die staatlichen Behörden und nicht auf die Interessentenkörperschaften fällt. Dennoch sind die „Herren im Hause“ noch nicht befriedigt und wollen auch offiziell als die Herrschenden, die Beschließenden gelten. Sie wollen mit einer Art perversen Hochmuts öffentlich auftreten als diejenigen, die die Massen des Volkes, die Arbeiter, in die Knechtschaft zwingen.

Ein neues Weingesetz.

Der vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf eines Weingesetzes ist jetzt im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Er ist darauf gerichtet, den Aufbau der Vorschriften über die Weinbereitung nach einem gegenüber den geltenden Vorschriften leichter übersichtlichen Plane vorzunehmen, indem er gleichzeitig die bessernde Hand an verschiedene sachlich wichtige Punkte — Verwendung von Stoffen, die die Zusammensetzung des Weines beeinflussen, Zuckern des Weines, Ausbau der Kontrolle, Deklaration des Rotweißverschnitts, Mißbrauch geographischer Namen im Weingeschäft, Mißbräuche in der Schaumwein- und Kognakindustrie usw. — legt.

Der Entwurf bringt auch eine Verschärfung der Strafvorschriften. Das seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland mehr und mehr in Uebung gekommene Zuckern alkoholarmer und sauerer Weine ist darauf zurückzuführen, daß bei uns der Weinbau nur in verhältnismäßig wenigen, klimatisch begünstigten Landstrichen betrieben werden kann, wo nicht selten die Traube ungenügend ausreift und ein brauchbares Getränk nicht liefert; der Entwurf erkennt demgemäß ein Zuckern des Weines in mäßigem Umfange als nützlich an. Den deutschen Rotweinbau schützt der Entwurf vor einem unlauteren Wettbewerb der Erzeugnisse des sogenannten Rotweißverschnitts, die Weinbergslage, auch der Name des Besitzers in der Benennung des Verschnitts sind verboten. Im Ausland hergestellter Wein, für den grundsätzlich die gleichen gesetzlichen Vorschriften zu gelten haben, wie für die deutschen Weine, ist von der Einfuhr auszuschließen, falls nicht nachgewiesen wird, daß die Herstellung mit den Vorschriften des Gesetzes im Einklang steht. Schaumweine müssen eine Bezeichnung tragen, die das Land erkennbar macht, wo sie auf Flaschen gefüllt wurden, ebenso muß beim Kognak ersichtlich sein, wo er für den Verbrauch fertiggestellt wurde.

Der Gesetzentwurf hat 29 Paragraphen. § 17 beschäftigt sich mit den im Weinhandel zu führenden Geschäftsbüchern, über die der Bundesrat die näheren Bestimmungen trifft. § 19 sieht in den am Weinbau wesentlich beteiligten Gegenden Sachverständige im Hauptberufe zur Unterstützung der Behörden vor, § 25 bedroht auch mit Geldstrafe bis zu ℳ 1500 oder Gefängnis bis zu drei Monaten, wer keine Verschwiegenheit beobachtet oder sich nicht der Mitteilung und Verwertung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen enthält.

Dem Gesetzentwurf ist eine Denkschrift beigefügt, in der u. a. ausgeführt wird, daß der bestehende Rechtszustand für den Verkehr mit Wein als unerträglich und besonders als unzureichend sich erwiesen habe, um der Fälschung Einhalt zu tun, da auf Gesundung des Weinhandels aus eigener Kraft nicht gerechnet werden könne, sei es nötig, durch Gesetz einzugreifen.

Die Reform der Arbeiterversicherung.

Die bereits vom Grafen Posadowsky angekündigte Umgestaltung und Zusammenfassung der Arbeiterversicherungsgesetze wird jetzt, wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, im Reichsamt des Innern ausgearbeitet. Es soll sich bei der Vorlage, die dem Reichstage im nächsten Winter zugehen soll, um folgende Grundgedanken handeln:

Die von vielen Seiten als das Wünschenswerteste angesehene Zusammenfassung der drei Versicherungszweige (der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung) scheint sich nach den auf den Konferenzen vertretenen Ansichten schwer erreichen zu lassen. Abgesehen von versicherungstechnischen Bedenken spreche der Umstand dagegen, daß die Versicherungsträger, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen, sich im Laufe der Zeit zu großen Rechtssubjekten mit eigenen Vermögen herausgebildet haben, die man ohne Kränkung der wohlerworbenen Rechte derjenigen, die diese Vermögen aufgebracht haben, nicht wohl aufheben kann.

Im Deutschen Reiche gab es nach der letzten Statistik 23 000 Krankenkassen mit 11½ Millionen Versicherten. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1904 rund 265 Millionen Mark. Davon brachten zwei Drittel die Arbeitnehmer, ein Drittel die Arbeitgeber auf. Das Vermögen dieser Krankenkassen betrug 213 Millionen Mark. In dem zweiten Versicherungszweige, der Unfallversicherung, gab es 60 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit zusammen 19 Millionen Versicherten, 168 Millionen Mark Einnahmen — die je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebracht wurden. Ihr Vermögen betrug 237 Millionen Mark. Die 31 Invaliditäts-Versicherungsanstalten hatten 13¾ Millionen Versicherte. Ihre Einnahmen betrugen 238,5 Millionen Mark. Davon brachten 45 Millionen das Reich, den Rest Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen auf. Ihr Vermögen betrug 1200 Millionen Mark.

Es bestehe nun die Absicht, eine Vereinheitlichung der Versicherung in zwei Punkten zu schaffen: Erstens will man eine Gleichstellung des Kreises der Versicherten herbeiführen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter müßten in die Krankenversicherung einbezogen werden, so daß schließlich alle Versicherungspflichtigen gleichzeitig in allen drei Versicherungszweigen versichert sind. Ferner soll für alle Versicherungsarten eine einheitliche behördliche Stelle geschaffen werden, an die sich sowohl das Publikum mit allen Anträgen in Versicherungsangelegenheiten wenden kann, und die auch das Ineinanderarbeiten der verschiedenen Versicherungen gewährleistet. Heute ist es so, daß zum Beispiel jemand, der infolge eines Unfalles krank wird, sich lediglich an die Berufsgenossenschaft wenden kann, während sich die übrigen Versicherungszweige nicht um ihn kümmern.

Gleichzeitig erscheine es auch erwünscht, daß die Festsetzung der Renten in erster Instanz, die bisher von seiten des Versicherungsnehmers, also von einer Partei, erfolgt, in Zukunft von einer unparteiischen Stelle unter Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschieht. Gelinge es, einen gemeinsamen Unterbau für die drei Verwaltungen zu schaffen, so würde auch die Möglichkeit bestehen, daß man diesen Unterbau zu einem Spruchkollegium unter Beteiligung der Arbeitnehmer und -geber ausgestaltet und ihm die Festsetzung der Renten in erster Instanz überträgt.

Im Anschluß hieran würde dann durch eine zeitgemäße Umgestaltung des Instanzenzuges und des Rechtsmittelverfahrens die dringend notwendige Entlastung des Reichsversicherungsamtes herbeizuführen sein. Das Reichsversicherungsamt hätte sich dann in Zukunft (etwa analog dem Reichsgerichte) nur über Rechtsfragen und prinzipielle Angelegenheiten zu entscheiden.

Diese „Grundgedanken“ für die Reform sind so lose umrissen, daß sich daraus für den Charakter der beabsichtigten Organisationsänderungen noch nicht viel sagen läßt. Erst wenn über die Ausführung im einzelnen Näheres bekannt sein wird, wird man ein Urteil gewinnen können.

Flottenverein und Politik.

Der Flottenverein hat sich seit Jahren, besonders bei den letzten Reichstagswahlen, sehr stark politisch betätigt. Nichtsdestoweniger vertritt die in ihm herrschende Richtung die Ansicht, der Verein sei „nicht politisch“. Jetzt schreibt nun der mit dieser Richtung in Streit geratene General Keim in der „Deutschen Zeitung“ u. a.:

„Dann geht meine persönliche Ansicht dahin, daß ein Verein, der sich angesichts des neuen Vereinsgesetzes nicht dazu entschließen kann, sich frank und frei als ein national-politischer zu bekennen, obwohl jedes Wort des § 2 seiner Satzungen Politik bedeutet, keinen Anspruch mehr hat auf die Sympathien derjenigen nationalen Kreise, denen das Wesen höher steht als die Form und welche die Unabhängigkeit des Vereins als die Grundlegung für sein Ansehen und erfolgreiches Wirken betrachten.“